

Die Euro-Krise

Griechenland steht vor der Pleite / Europa muß helfen,
will es nicht selbst in den Strudel geraten

ATHEN/BRÜSSEL – 25.4.2010 (khd/d-radio). Das hochverschuldete Griechenland [09] hat vorgestern Finanzhilfen bei der EU und IWF beantragt. Im Gespräch sind zunächst Notkredite in Höhe von 30 Mrd. Euro von den Euro-Ländern und 15 Mrd. Euro vom Internationalen Währungs-Fonds (IWF). Deutschland wird davon rund 8,4 Mrd. Euro aufbringen müssen.

Aber das werde nicht ausreichen, heißt es in den Wochenend-Zeitungen. Es sichere aber die wirtschaftliche Planungssicherheit für Griechenland bis Ende 2010. Griechenland wird mit dem geborgten Geld seine im Mai fälligen Alt-Schulden bezahlen. Der Euro sackte unterdessen auf 1,32 \$/Euro ab.

Es gibt immer neue Mutmaßungen darüber, wieviel Geld Griechenland tatsächlich braucht. Der letzte Stand dieser Horror-Meldungen ist: 230 Mrd. Euro bis 2015 – mindestens. Es ist völlig ungewiß, ob die Gemeinschaft der Euro-Länder eine solche Summe aufbringen will.

Die Gesamt-Schulden Griechenlands sollen rund 300 Mrd. Euro betragen. Und dafür sind eben auch Jahr für Jahr reichlich Zinsen zu zahlen. EU und IWF arbeiten jetzt an der Realisierung des bereits am 11. April verabredeten Notfallplans für die Hellenen.

*Europa muß helfen –
bis „Maastricht 2.0“ greift*

BERLIN – 28.4.2010 (khd). Die Spekulationen gegen den Euro werden immer heftiger. Kurz vor Handelsschluß hat gestern die Ratingagentur Standard & Poor's die Bewertung der Kreditwürdigkeit Griechenlands und Portugals deutlich herabgestuft.



Griechenland-Anleihen erhielten „Junk“-Status (Schrott-Papier), womit es für Griechenland unmöglich wird, am Markt neues Geld aufzunehmen. Griechenland ist also auf EU/IWF-Kredite angewiesen. Bekäme es diese neuen Kredite nicht, wäre das Land sofort pleite. Die Folgen für den Euro wären unabsehbar.

Der europäische Einigungsprozess ist allerdings schon so weit fortgeschritten, daß intelligente Hilfen für Griechenland unabdingbar sind, um nicht alles Erreichte zu gefährden.

Und dazu gehören neben günstigen Krediten auch eine Umschuldung [17] sowie ein Erlaß von Teilen der Alt-Schulden. Nur so kann es gelingen, daß Griechenland wieder auf die Beine kommt. Griechenlands Sparanstrengungen werden allein nicht reichen.

Zudem wäre ein gemeinsames Auftreten der EU- bzw. der Euro-Länder auf den Finanzmärkten sehr sinnvoll. Es bleibt absolut unverständlich, warum die EU nicht

„Griechenland ist der berühmte Schmetterling aus der Chaos-Theorie, dessen Flügelschlag in der EU ein Erdbeben auslösen wird.“

Gefunden wurde dieser weise Spruch von 2009 irgendwo im Internet. Aber was verstehen unsere Politiker schon von nichtlinearen (sehr) dynamischen Systemen und Attraktoren . . .

schon längst selbst Anleihen – also „Euro-pa-Anleihen“ – auflegt, um mit dem damit eingesammelten Geld einen Fonds (man könnte ihn „EWF“ nennen) zu speisen, aus dem dann Mitglieds-Länder in bestimmten Situationen Kredite erhalten können. Es ist kaum zu erwarten, daß die Spekulanten gegen diese Europa-Papiere wetten würden.

Ein Ausscheiden Griechenlands [17] aus dem Euro-Verbund ist keine Option, denn das würde der Finanzwelt signalisieren, daß die Euro-Länder nicht mal in der Lage sind, eine kleine EU-Volkswirtschaft (Griechenland erwirtschaftet nur 2,8 % des BIPs der gesamten EU) auf den Pfad der Finanz-Tugend zurückzuführen. Die Gemeinschaftswährung würde dann erst recht wg. zu erwartender – noch viel intensiverer – Spekulationen gegen den Euro instabil werden.

Es ist keine Frage, Griechenland hat schwere Verfehlungen begangen, aber auch die Väter des Euros. So hat der frühere Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU, 1989–1998) 1995/96 [01] nicht alles bedacht,

was den Euro gefährden könnte. Wir wissen heute sehr genau, daß der Euro-Stabilitätspakt von Maastricht nicht ausreicht, um auf Dauer eine stabile Gemeinschaftswährung zu sichern. Hier müssen die 16 Euro-Länder dringend nachbessern.

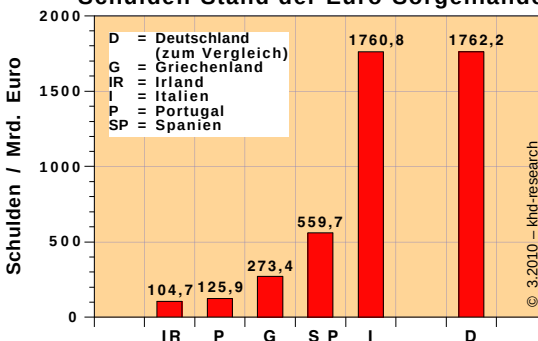
Es muß zusätzlich ein Mechanismus gefunden werden, der ungleiche Entwicklungen der EU-Volkswirtschaften korrigiert (das sonst übliche Mittel der Abwertung von Landeswährungen steht ja nicht zur Verfügung),

denn Strafzahlungen für sowieso schon in arger Schieflage befindliche Länder können es kaum sein, da diese nur zur Verschärfung der Lage durch Erhöhen der Schuldenlast beitragen. Dieser EWF-Fonds könnte dabei eine hilfreiche Rolle spielen. Und da die EU beim Maastricht-Pakt Fehler machte, muß jetzt zunächst auch solidarisch geholfen werden – wo auch immer es notwendig werden wird. Dann aber muß ein „Maastricht 2.0“ für Ordnung in Euro-Ländern sorgen.

„Wenn die ‚Ansteckung‘ auch auf Spanien, Portugal und Irland übergreift, dann seien Zahlungen von 600 Milliarden Euro nötig.“

Dieses ‚worst-case scenario‘ streute David Macki, Chef-Ökonom für Europa der US-Großbank JP Morgan, Ende April 2010. Darum sei es Zeit für die Euro-Zone, „etwas wirklich Dramatisches zu unternehmen, damit sie nicht eine weitere Finanzkrise zurück in die Rezession“ treibe, fügte er hinzu. [17]

Schulden-Stand der Euro-Sorgenländer



◀ **Staatsverschuldung in den Sorgenländern der Euro-Zone.**

Die Zahlen geben den letzten Stand wieder (meist 2009). Auch wenn diese absoluten Zahlen im Vergleich zu Deutschland niedrig sind (Ausnahme ist Italien), müssen diese Gesamt-Schulden im Verhältnis zum jährlich erwirtschafteten BIP gesehen werden. (Grafik: 31.3.2010 – khd)

Gefahr für den Euro

Prekäre Lage durch hohe Staatsverschuldungen entstanden /
Währungsspekulanten nutzen das

BRÜSSEL/BERLIN – 24.2.2010 (khd). Seit im Herbst 2009 die neue griechische Regierung offenlegte, daß Griechenland weit höher, als bislang angenommen, verschuldet ist, brodelte es an den Finanzmärkten. Der Euro ist seitdem unter sehr massiven Druck geraten. Noch Ende November 2009 lag der Euro-Kurs bei gut 1,50 Dollar/Euro, inzwischen liegt er bereits mehr als 10 % tiefer bei um die 1,35 Dollar/Euro.

Die Hauptursache ist die hohe Verschuldung einiger Euro-Länder. So erreichte 2009 die Verschuldung Griechenlands einen Anteil von 12,7 % an der jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP). Für ein Euro-Land wären aber nur maximal 3 % erlaubt. Auch andere Länder der Euro-Zone wie Italien, Portugal, Irland und Spanien weisen einen bedrohlichen Schuldenstand auf [siehe Grafik auf Seite 2].

Diese Tatsache nutzen nun Spekulant – allen voran wieder diese Hedge-Fonds, um ihre fragwürdigen Geschäfte mit Währungsspekulationen zu machen. Diesmal wird nicht um (virtuelle) Immobilien gezockt, sondern gleich um die Schulden ganzer Volkswirtschaften. Und das kann diese durchaus in den totalen Ruin treiben.

Es rächt sich in der EU, daß zwar bei Einführung des Euros die Maastricht-Kriterien [01] für die Höhe der Staatsverschuldung erfunden wurden (Stabilitäts-Pakt), aber deren Einhaltung nicht penibel kontrolliert

wurde. Das war in höchstem Maße fahrlässig, wie sich nun zeigt. Wir wissen heute, daß Griechenland 2000 noch nicht einmal die Aufnahme-Kriterien für die Euro-Zone erfüllte. Die konservative griechische Regierung hatte die EU mit Hilfe der US-

Investmentbank Goldman Sachs [07] über die wahren Verhältnisse jahrelang getäuscht – manche sprechen auch von „betrogen“.

Im Kern ist die Euro-Schwäche also die Folge eines Vertrauensschwunds internationaler Anleger. Sie trauen der EU nicht zu, das Schulden-Problem in der Euro-Zone zu

lösen. Deshalb schließen sie derzeit im großen Stil Kreditausfallwetten (CDS) auf griechische Staatsanleihen ab.

Es waren letztlich solche CDS (Credit Default Swaps), die 2007/08 ihre Zerstörungskraft entfalteten und zur Finanzkrise mit dem Lehman-Crash geführt haben. Droht nun bereits eine Neuauflage – die Finanzkrise 2.0? Und wer soll diese dann bezahlen? [Tagesspiegel-Kommentar][05]

Eine konzertierte Aktion gegen den Euro?

BERLIN/WASHINGTON – 27.2.2010 (khd/tp). Es ist keine Frage: Die EU muß und wird Griechenland auch finanziell helfen, soll nicht die europäische Gemeinschaftswährung EURO total den Bach heruntergehen. Aber es mehren sich die Hinweise, daß jetzt interessierte Kreise aus der Finanzwelt den ganz großen Coup lan-

„Der Euro ist in Ungnade gefallen.“

Das sagte jetzt Europas oberster Währungshüter Trichet, Chef der EZB.

Man kann das durchaus auch eine „Verschwörung“ gegen den Euro nennen. Sicher gibt es einige, denen ein starker Euro ein Dorn im Auge ist. Aber es wird wohl nur ein Ausnutzen der Lage sein, in die sich die EU mit ihrer unfertigen Währungspolitik seit 1995 selbst hineinmanövriert hat.

den woll(t)en: Der Euro soll zumindest auf 1 Dollar/Euro heruntergetrieben werden. Und dabei können diese windigen Geschäftemacher sehr viel Geld mit Wetten verdienen.

Das *Wall Street Journal* berichtet gestern [11], daß sich in New York verschiedene Hedge-Fonds abgesprochen haben, wie aus der Griechenland- Situation reichlich Kapital ohne eigene Arbeit geschlagen werden kann. „This is an opportunity (...) to make a lot of money“, zitiert die Zeitung einen der Fonds-Manager.

Auffällig ist auch, mit welcher Willkür Rating-Agenturen gleichzeitig gerade griechische Staatsanleihen stark herabgestuft haben, obwohl sie hochverschuldeten Staaten wie Japan oder auch Großbritannien noch immer Solidität bescheinigen. Rational ist das nicht zu erklä-

ren. Und es ist nicht auszuschließen, daß sich herausstellen könnte, daß hier in einem üblen Zusammenspiel ganz gezielt der EURO abgeschossen werden soll(te), zumal sich auch EU-Politiker in Sachen Währungssicherung recht blauäugig gaben und nicht ihre Schularbeiten machten.

Dennoch: Kreditausfallversicherungen sind eine feine Sache beim Handel mit realen Wirtschaftsgütern – aber nur dafür. Werden sie jedoch in Derivat-Form zu CDS verpackt und damit dann im Großstil gehandelt und gewettet, entwickeln sie allzuoft ihre fatale Zerstörungskraft. Das zeigte nicht nur die Subprime-Krise von 2007/08 mit dem Lehman-Crash. Es ist schlichtweg Dummheit, den Handel mit solchen Virtualitäten überhaupt zuzulassen.

Nur eine Beruhigungspille

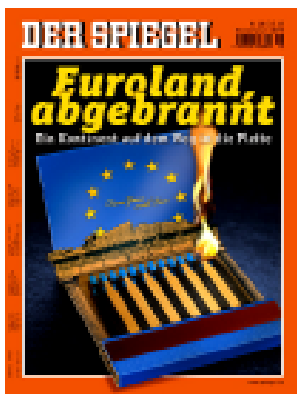
ATHEN/BRÜSSEL/BERLIN – 2.5.2010 (khd/d-radio). Das griechische Sparpaket „stehe“, sagte gestern Griechenlands Ministerpräsident Papandreou in Athen. Es wurde gestern Vormittag von der griechischen Regierung beschlossen. Bis 2014 solle damit das Haushaltsdefizit auf unter 3 % gebracht werden. Griechenland habe einen Finanzierungsbedarf von 60 Mrd. Euro pro Jahr, sagte Papandreou. Die Gewerkschaft kündigten Proteste gegen den harten Sparkurs an.

Die EU-Kommission signalisierte in Brüssel Zustimmung und empfahl die Auszahlung der Gelder. Die Einschnitte waren Bedingung für die Freigabe der Kredite der Euro-Staaten und des IWF. Am Nachmittag beschlossen dann gestern die 16 Finanzminister der Euro-Zone die Notkredite für Griechenland. Danach soll Griechenland in den kommenden 3 Jahren bis zu 110 Mrd. Euro erhalten, wobei 80 Mrd. Euro von den Euro-Ländern und 30 Mrd. Euro vom IWF kommen sollen. Deutschland wird von den 80 Mrd. rund 22,4 Mrd. Euro aufbringen müssen.

Für dieses Jahr ist eine erste Zahlung von 45 Mrd. Euro (darin 15 Mrd. vom IWF und 8,4 Mrd.

von Deutschland) vorgesehen, die vermutlich schon am nächsten Wochenende (9. Mai) erfolgen soll. Mit einem Eilgesetz [20] muß Deutschland bis zum 8. Mai die vorgesehe Bürgschaft für die Griechenland-Kredite der KfW im Bundestag und Bundesrat beschließen. Es ist kaum zu erwarten, daß es dabei noch zu Verzögerungen kommen wird. Denn inzwischen haben wohl fast alle verstanden, daß es bei der Gewährung dieser Notkredite um die Stabilität des Euros geht. Erwartet wird aber eine Verfassungsklage der Euro-Skeptiker um Prof. Starbatty gegen das Unterstützungsgesetz für Griechenland [14]. Mit einem Antrag auf einstweilige Anordnung wollen sie in der kommenden Woche die Auszahlung des deutschen Anteils an den Notkrediten verhindern.

Die Opposition fordert jetzt zu recht von der Bundesregierung, daß sie endlich so aktiv werden möge, daß sich eine solche Währungs-Krise nie wiederhole. Ob aber nun die internationale Spekulanten-Mafia den ‚Kampf gegen den Euro‘ aufgeben wird, ist wenig wahrscheinlich. Diese wird das nur als untaugliches Angebot einer Beruhigungsspiel verstehen und weitermachen – die Schulden Portugals, Spaniens und Irlands lassen grüßen.



Gründlich in die Hose gegangen

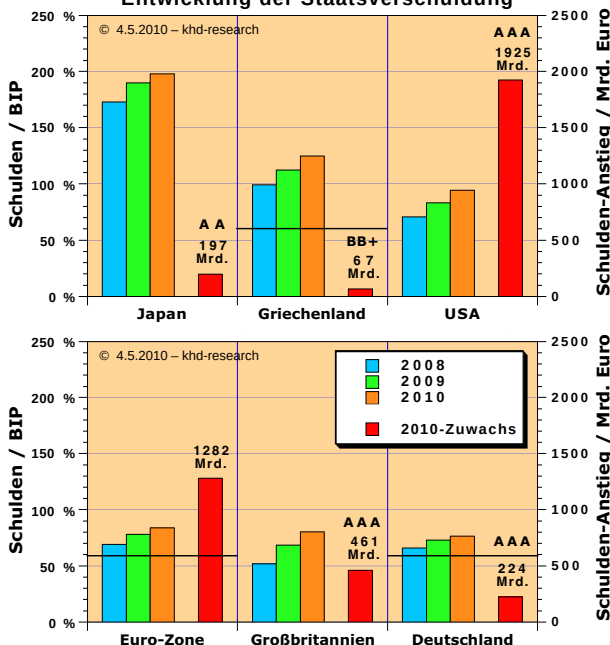
BERLIN – 4.5.2010 (khd). Diese 110 Mrd.-Kredite für Griechenland bedeutet auch, daß damit rund 40 % der griechischen Staatsschulden bei (privaten) Investoren in Verbindlichkeiten bei anderen Staaten umgeschichtet werden. Sie werden also auf Staatshaushalte abgewälzt, wie das schon mit den Ausfällen bei der Banken-Krise 2008/09 geschah, und was in höchstem Maße bedenklich ist.

Griechenland wird sich bis Ende 2012 noch mindestens weitere 70 Mrd. Euro zu Marktkonditionen besorgen müssen. Spätestens dann (vermutlich erst im Frühjahr 2011) wird sich zeigen, ob der griechische Sparkurs tatsächlich trägt und sich die Bevölkerung (aktueller Protest: „Völker Europas, erhebt Euch!“ [21]) und die Finanzmärkte beruhigt haben – den Griechen wieder vertraut wird.

Ob mit den getroffenen Maßnahmen nun aber die Rettung des Euros insgesamt wirklich gelingt und nicht doch die durch die zu hohe Verschuldung (siehe Grafiken) instabil gewor-

◀ **Der Spiegel – 18/2010 vom 3.5.2010:** »Verzweifelt versuchen die Länder des Euro-Raums, die Pleite Griechenlands zu verhindern. Sie fürchten einen Flächenbrand – und einen zweiten Fall Lehman. Denn die Finanzkrise ist noch lange nicht vorbei, sie ist nur in eine neue Phase getreten: Jetzt wanken nicht mehr die Banken, sondern die Staaten, die über ihre Verhältnisse gelebt haben«, schreibt das Nachrichtenmagazin zur Titel-Story [19]. (Repro: 4.5.2010 – khd)

Entwicklung der Staatsverschuldung



▲ **Entwicklung der Verschuldung 2008–2010 der wichtigsten Industrieländer.** Angegeben sind die Schuldenraten in Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Für 2010 ist mit dem roten Balken zusätzlich die geplante Schulden-Zunahme in Mrd. Euro angegeben.

Für die Euro-Zone gilt eine Verschuldungsgrenze von 60 % des jährlichen BIPs. Die Daten basieren auf Angaben der EU-Kommission [18], wobei die Zahlen für 2010 Prognosen sind. Mit »AAA« etc. ist das letzte Bonitäts-Rating für die Staatsanleihen notiert. (Grafiken: 4.5.2010 – khd)

dene Euro-Zone zerfällt, muß abgewartet werden. Es spricht vieles dafür, daß der Euro noch längst nicht gesichert ist. Ein erster Hinweis könnte schon um den 20. Mai zu beobachten sein. Denn dann muß Portugal neue Staatsanleihen in einer Höhe von rund 5,5 Mrd. Euro ausgeben, um damit Alt-Schulden zu refinanzieren. Sollte das nicht gelingen, dann ist in Brüssel bereits die nächste Krisensitzung angesagt.

Die von Merkel (CDU) und Westerwelle (FDP) geführte Bundesregierung hat sich in den letzten Monaten nicht mit dem Ruhm einer effektiven Krisenbewältigung bekleckert, auch wenn dieses Regierungshandeln in manchen Zeitungen gerühmt wird. Vielmehr ist Deutschlands Regierung weltweit durch einige Fehlleistungen wie unverantwortlichem öffentlichen Gerede und falschen Anschuldigungen aufgefallen. Sie hat mit volkswirtschaftlichem „Dummschwatz“ zur Verschärfung der Euro/Griechenland-Krise beigetragen. Nur aus Gründen einer Wahlkampf-Strategie für das Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) wollte so Schwarz-Gelb das Krisenbewältigen bis nach der Wahl vom 9. Mai vertagen. Das ist nun sehr gründlich in die Hose gegangen, und es wird nun alles teurer, denn in Ekstase befindliche Finanzmärkte warten eben nicht wg. NRW [16].

Noch im März 2010, sagte jetzt ein Experte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), hätte man sehr wohl mit Griechenlands Gläubigern „noch in Ruhe über einen Zahlungsaufschub und eine Umschuldung verhandeln“ und auf diesem Weg Griechenland und die europäischen Kassen entlasten können [17]. Aber durch das Zögern und Lamentieren der Bundesregierung ist das verpaßt worden.

Es stände der Bundesregierung nun gut zu Gesicht, sich wirklich um die eigentlichen Ursachen der Krise zu kümmern und diese mit Nachdruck zu bekämpfen. Dazu gehört auf jeden Fall die auch vom Bundespräsidenten vorgeschlagene Einführung einer Abgabe auf internationale Finanztransaktionen – notfalls im Alleingang oder zusammen mit Frankreich.

DIE EURO-KRISE

Eine kleine Chronologie

- 04.10.2009:** Griechenland wählt ein neues Parlament. Es kommt zu einem Regierungswechsel.
- 20.10.2009:** Griechenlands neue Regierung korrigiert das Haushaltsdefizit 2009 auf 12,5 % und kündigt Sparmaßnahmen an. Die Vorgängerregierung hatte nur etwa die Hälfte nach Brüssel gemeldet. Für 2010 droht zudem ein Schuldenstand von 121 % des BIPs.
- 22.10.2009:** Die Rating-Agentur Fitch stuft Griechenlands Staatsanleihen auf „A+“ herab.
- 09.12.2009:** Eine weitere Herabstufung von Griechenlands Bonität durch Fitch läßt den Euro-Kurs von bislang gut 1,50 \$/Euro einbrechen.
- 16.12.2009:** Auch die Rating-Agentur Standard & Poor's stuft Griechenland herab.
- 14.01.2010:** Die Griechenland-Krise belastet den Euro, der auf 1,44 \$/Euro fällt.
- 28.01.2010:** Griechenland gibt Spekulanten die Schuld am Verfall der (Anleihen-)Kurse.
- 03.02.2010:** Der griechische Haushalt wird der Kontrolle der EU unterworfen.
- 11.02.2010:** Erste Hilfszusage der Euro-Länder.
- 03.03.2010:** Griechenland schnürt ein neues Sparpaket. Die Gewerkschaften kündigen einen Generalstreik mit „sozialer Explosion“ an.
- 05.03.2010:** Ein weiteres Sparprogramm sieht Steuererhöhungen, Lohnkürzungen und das Einfrieren der Renten vor.
- 15.03.2010:** Die Euro-Finanzminister wollen grundsätzlich helfen, sagen aber nicht wie.
- 18.03.2010:** Ministerpräsident Papandreu will sich nun an den IWF wenden.
- 25.03.2010:** Auf einem Gipfel beschließen die Euro-Länder für den Fall einer Griechenland-Pleite ein Paket aus bilateralen Krediten.
- 11.04.2010:** Die Euro-Finanzminister vereinbaren ein Volumen von 30 Mrd. Euro für Griechenland.
- 19.04.2010:** Der Zinsabstand zwischen griechischen und deutschen Staatsanleihen erreicht 4,8 %.
- 22.04.2010:** Griechenland korrigiert erneut sein Defizit, nun auf 13,6 % des BIPs, was eine weitere Herabstufung der Bonität bewirkt.
- 23.04.2010:** Ministerpräsident Papandreu bittet um die Aktivierung des europäischen Hilfeplans.

Getriebene der Finanzmärkte

BRÜSSEL/BERLIN – 8.5.2010 (khd). Die Euro-Krise verschärft sich. In dieser Woche agierten die Finanzmärkte nervös und gerieten fast in Panik. Am Donnerstag (6.5.) gab es dann an der Wall Street einen kurzzeitigen Börsen-Crash. Der Dow Jones stürzte zeitweise um fast 1000 Punkte ab, was es so noch nie gab.

Der Vorsitzende der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker (Luxemburg) sagte gestern Abend in Brüssel zur Euro-Krise: „Die Lage ist sehr sehr ernst. Es geht hier um eine weltweit organisierte Attacke gegen den Euro. Der Euroraum muß geschlossen darauf reagieren.“ Deshalb überlegen Europas Top-Politiker, was zur Rettung des Euros zu tun ist.

Ein ganz großer Wurf muß jetzt her, um am Montag (10.5) die Finanzmärkte wieder etwas zu beruhigen. Aber vermutlich wird den Politikern wieder nur ein Krisen-Bekämpfen mit neuen Schulden einfallen, wo doch die Euro-Krise in einer viel zu hohen Verschuldung einzelner Staaten und einer total verfehlten Stabilitätspolitik ihre eigentliche Ursache hat.

Ein Befreiungsschlag?

BRÜSSEL/BERLIN – 10.5.2010 (khd/d-ra-dio). In der Nacht vereinbart Europa einen riesigen Rettungsschirm für den Euro – ein Paukenschlag für die Finanzmärkte [23]. Zu dem Stabilisierungs-Mechanismus für den Euro gehört vor allem ein Kreditrahmen von bis zu 750 Mrd. Euro (eine 3/4 Billion!) für vor der Pleite stehende Euro-Länder, wovon gegebenenfalls 250 Mrd. Euro vom IWF kommen werden (30 Mrd. davon sind bereits Griechenland zugesagt). Bis zu 440 Mrd. Euro sollen durch Europa-Anleihen einer neuen EU-Zweckgesellschaft am Markt aufgenommen werden, für deren Zinsen und Rückzahlung die Euro-Länder anteilig bürgen (Deutschland für etwa 123 Mrd. Euro).

Dieser Euro-Rettungsplan soll erst nach Druck der USA zustande gekommen sein. Auch soll Sarkozy mit dem Austritt Frankreichs aus der Währungsunion gedroht haben. Die dabei er-

DIE EURO-KRISE

Fortsetzung von Seite 6

26.04.2010: Für 2010 muß Deutschland Kredite in einer Höhe von 8,4 Mrd. Euro beisteuern.

27.04.2010: Standard & Poor's stuft Griechenland auf „BB+“ herab. Das ist Schrott.

02.05.2010: Griechenland wird bis 2012 von den Euro-Länder 80 Mrd. Euro und vom IWF 30 Mrd. Euro an Krediten erhalten (Zinssatz 5 %).

04.05.2010: Die Finanzmärkte glauben nicht, daß Griechenland und der Euro nun wirklich gerettet sind. Es setzen bereits Spekulationen gegen Portugal und Spanien ein.

06.05.2010: Der Euro fällt auf 1,26 \$/Euro.

07.05.2010: In Brüssel beschließen die 16 Staatsschefs der Euro-Länder die sofortige Einrichtung eines Notfall-Fonds.

10.05.2010: In Brüssel wird ein Euro-Rettungsplan mit einem Volumen von 500 Mrd. Euro beschlossen. Weitere 250 Mrd. Euro sollen vom IWF hinzukommen, so daß den Märkten ein Kreditrahmen von einer 3/4 Billion Euro präsentiert wird.

10.05.2010: Die Finanzmärkte beruhigen sich etwas. Es fragt sich nur, für wie lange.

14.05.2010: Der Goldpreis erreicht mit 1248,95 Dollar pro Feinunze (31,1 g) einen historischen Höchststand, d. h. dem Euro wird nicht getraut.

14.05.2010: Der Euro sinkt auf 1,24 \$/Euro.

24.05.2010: Der Euro sackt auf 1,21 \$/Euro ab.

00.00.2010: (das folgt).

07.03.2011: Europas Politiker haben die Euro-Krise noch immer nicht im Griff. Griechenland-Anleihen werden um weitere 3 Stufen auf „B1“ abgewertet. Selbst das von einer Revolution geschüttelte Ägypten steht noch besser da. Die notwendige Umschuldung wurde verschleppt.

00.00.2011: (das folgt).

07.04.2011: Auch Portugal muß gerettet werden. Es braucht um die 100 Mrd. Euro. Damit sind es bereits 3 Länder, die EU-Hilfen in Anspruch nehmen: Griechenland, Irland und Portugal. Sollte demnächst noch Spanien hinzukommen, dann explodiert der Euro-Raum.

28.04.2011: Griechenland braucht mehr Geld, da die Reformen nicht greifen.

00.00.2011: xxx.

00.00.2011: xxx.

folgte Abkehr von der ‚No-bail-out‘-Klausel wird von der EU mit der Anwendung des Artikels 122 des Lissabon-Vertrags begründet, der finanziellen Beistand „aufgrund von außergewöhnlichen Ereignissen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen“ erlaubt.

Die EU vereinbart zudem die Aufstockung des bereits bestehenden Notfall-Fonds der EU-Kommission auf 60 Mrd. Euro. Dieser Fonds, aus dem bisher nur Nicht-Euro-Ländern wie Ungarn und Rumänien Not-Kredite erhielten, steht nunmehr allen EU-Ländern zur Verfügung. Außerdem wird eine Beschleunigung der Sanierung der Staatshaushalte aller Mitgliedsstaaten beschlossen, was genau kontrolliert werden soll.

Fesseln wurden den Finanzmärkten aber (noch immer) nicht angelegt – obwohl dieses sinnvoll und sehr wohl im Alleingang möglich [22] ist. Und deshalb wird dieser 750-Milliarden-Schutzwall um die Euro-Zone auch nicht ausreichen, um die akute Gefahr für die Gemeinschaftswährung zu beseitigen. Erst wenn dieser Sumpf mit den destruktiven Kreditausfallversicherungs-Geschäften (CDS = Credit Default Swaps [24]) – zumindest in Europa – ausgetrocknet ist, wird es dem Euro wieder besser gehen. Was spricht dagegen, es mal für 6 Monate mit einem sofortigen Verbot auszuprobieren und in dieser Zeit eine umfassende Regulierung des CDS-Markts vorzubereiten. Eigentlich hätte das schon nach dem Lehman-Crash vom September 2008 erfolgen müssen. Aber unsere EU-Kommission glänzte mal wieder durch Nichtstun.

Und nun beißen sie

BERLIN – 14/15.5.2010 (khd). Das mit dem europäischen Befreiungsschlag war wohl nichts. Der Goldpreis strebt immer neuen Höchstständen zu (siehe Grafik), und der Euro selbst ist bereits auf 1,24 \$/Euro gefallen. Allein in dieser Woche hat der Euro 7 Cent verloren. Weitere Maßnahmen der EU werden also wohl unausweichlich werden. So könnte ein teilweiser Schuldenerlaß für Griechenland ein erstes Si-

Goldpreis-Anstieg in der Euro-Krise



▲ *Goldpreis in der Euro-Krise. Aktuell liegt er bei um 1249 US-Dollar pro Feinunze. Gold gilt in Krisenzeiten schon immer als der beste Schutz vor der Entwertung des Geldes in einer drohenden Inflation. Aber man muß das Gold vor einer Krise kaufen. In der Krise bei hohen Preisen zu kaufen, ist nicht sehr clever! [Einige Gold-Infos][25] [Preisentwicklung bei Edelmetallen][26] (Grafik: 14.5.2010 – khd)*

gnal sein, noch mehr für den Euro tun zu wollen. Denn alle Rahmendaten sprechen schon jetzt dafür, daß die Hellenen sich mit dem Sparen nicht selbst aus dem Schulden-Sumpf ziehen können.

Es ist schon unglaublich, wie die Finanzmärkte heutzutage mit ganzen Ländern oder Staatengemeinschaften umspringen können. Wie aber konnte es überhaupt passieren, daß man in den 1990er-Jahren für ein geeintes Europa eine neue Gemeinschaftswährung politisch plante, sorgfältig Vereinbarungen zu deren Stabilität traf, gleichzeitig aber durch ‚Liberalisierung‘ die gefräßigen Finanzmärkte auch in Europa total von der regulatorischen Leine ließ. Das konnte nicht gutgehen. Und nun beißen sie – ganz gewaltig. Das Ersparte vieler Europäer ist in großer Gefahr, massiv an Wert zu verlieren.

Es ist kaum vorstellbar, daß der Euro als Live-Experiment gestartet worden ist. Vielmehr muß angenommen werden, Liberalisierung und Glo-

balisierung allerorten waren „in“, und man folgte einfach dem Herdentrieb der Neo-Liberalen, die alles dem Markt überlassen wollten. Wir sehen nun, was ‚dieser‘ Markt daraus macht – Chaos allerorten, nur weil beim Schuldenmachen einige Fehler gemacht wurden. Für die Finanzmärkte zählt eben nur der optimierte Profit – egal wie das erreicht wird. Echte Werte wie Ehrlichkeit, Schadensvermeidung oder (Fehler-)Toleranz spielen keine Rolle mehr.

In der Wirtschaftspolitik selbst herrscht sowieso ständig ein nahezu religiöser Krieg zwischen den Schulen der volkswirtschaftlichen Theorien. Aber es ist dummes Zeug – Schubladendenken, wenn der marktradikale (neo-liberale) und der keynesianische Ansatz immer

wieder als Antipoden gesehen werden. Erst der geschickte Mix aus beiden Theorien, durchaus noch gewürzt mit etwas ‚Marx‘ (und an die Ketten gelegten Finanzmärkten), ergibt eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik zum Wohle der Staatsvölker. Ein Ludwig Erhard, ein Helmut Schmidt wußten das noch, ein Gerhard Schröder aber schon nicht mehr.

Mehr zu diesem Thema:

- [00] Die Vergabe der Nummer erfolgt demnächst.
- [01] [00.00.1998: Eine kurze Chronik des Euro] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Misc/EURO_1.html#Hist
- [02] [16.02.2009: Gefahr für den Euro] (khd-Page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News18.html#13>
- [03] [06.12.2009: Angst vor Staatspleiten – Wer ist als Nächster dran?] (DIE WELT)
URL: <http://www.welt.de/wirtschaft/article5441814/Angst-vor-Staatspleiten-Wer-ist-als-Naechster-dran.html>
- [04] [14.12.2009: Griechische Tragödie] (Hinweis auf SPIEGEL – 51/2009, Seite 70)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_41.html#SP_2
- [05] [03.02.2010: Kommentar: Deine Pleite – meine Pleite] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_03.html#TASP_1
- [06] [08.02.2010: Aufpasser aus Brüssel] (DER SPIEGEL – 6/2010, Seite 74)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_41.html#SP_1
- [07] [16.02.2010: Ein vergessener Deal erregt die Gemüter] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_03.html#TASP_2
- [08] [22.02.2010: Spiel mit höchstem Risiko] (Hinweis auf SPIEGEL – 8/2010, Seite 64)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_03.html#SP_1
- [09] [24.02.2010: Gefahr für den Euro] (khd-research). Siehe Seite 3 *oder*
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News21.html#3>
- [10] [25.02.2010: Staatsverschuldung läuft aus dem Ruder] (DIE WELT)
URL: <http://www.welt.de/dossiers/wachstum2010/article6559745/Staatsverschuldung-laeuft-aus-dem-Ruder.html>
- [11] [26.02.2010: Artikel zu Absprachen von Hedge-Fonds zum Angriff auf den Euro] (WALL STREET JOURNAL)
URL: http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703795004575087741848074392.html?mod=WSJEUROPE_hpp_LEFTTopStories
- [12] [27.02.2010: Wetten gegen den Euro] (TELEPOLIS)
URL: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/32/32164/1.html>

- [13] [08.03.2010: Die Euro-Lüge – Kultur des Tricksens] (Hinweis auf SPIEGEL – 10/2010)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_03.html#SP_2
- [14] [12.04.2010: Wenn Geld für Griechenland fließt, klage ich] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_04.html#TASP_1
- [15] [26.04.2010: Griechenland – Fragen des Tages] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_04.html#TASP_2
- [16] [29.04.2010: Bravo, Frau Kanzlerin! Merkel löst Flächenbrand aus] (TELEPOLIS)
URL: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/32/32540/1.html>
- [17] [30.04.2010: Alles Übel – Der Euro ist in Gefahr] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_05.html#TASP_1
- [18] [03.05.2010: Daten zur Entwicklung der Staatsverschuldung wichtiger Industrieländer] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/Facts/Wirt_Facts_2.html#Debt_Laender
- [19] [03.05.2010: Euroland, abgebrannt] (Hinweis auf SPIEGEL-Titel – 18/2010, Seite 60–71)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_05.html#SP_1
- [20] [03.05.2010: Entwurf des Griechenland-Unterstützungsgesetzes mit Begr.] (DT. BUNDESTAG – Ds. 17/1544)
URL: http://www.khd-research.net/Docs/WFStG-2010___1701544.pdf
- [21] [04.05.2010: In Athen wächst die Wut] (DER WESTEN)
URL: <http://www.derwesten.de/nachrichten/politik/In-Athen-waechst-die-Wut-id2941635.html>
- [22] [04.05.2010: Euro-Krise: Notbremse für Spekulanten] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_05.html#TASP_2
- [23] [10.05.2010: Euro-Krise: Es geht um alles] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_05.html#TASP_4
- [24] [12.05.2010: Kontrolliert endlich die Hedge-Fonds] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_05.html#TASP_3a
- [25] [01.03.2010: Wo steckt das Gold?] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/Facts/Wirt_Facts_2.html#Gold
- [26] [17.05.2010: Edelmetall-Preise in der Euro-Krise] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/Facts/Wirt_Facts_2.html#Edelmetall_2010

Das Hauptportal des „khd-research.net“ ist im Internet erreichbar unter der Adresse: <http://www.khd-research.net/>.

Erscheinungsorte sind Houston (USA) oder Toronto (Canada). Herausgeber der Publikationen ist: Dipl.-Ing. K.-H. Dittberner, Berlin. Es gilt der Disclaimer.

Der hier im PDF-Format präsentierte Haupt-Artikel wurde erstmals in der Nr. 687 der Ausgabe der »khd-Page« vom 2. Mai 2010 veröffentlicht. Alle im Text unterstrichenen Begriffe sind im Original (im Internet) mit Links (Verweisen) versehen, die zu weiterführenden Informationen im Weltwissensnetz führen.

Die Artikel-Archivierung ist unter folgenden Pfaden (URLs) erfolgt: <http://khd-blog.net/Welcome/News21.html#9> sowie <http://khd-blog.net/Welcome/News21.html#3>.